

Von Lohndumping, NFA und Verkehrsbussen

Gespräch zwischen Gewerkschaftsbund und links-alternativen Regierungsräten



Die Regierungsvertreter Brigitte Profos und Hanspeter Uster als aufmerksame Zuhörer beim Gespräch mit den Gewerkschaftern. FOTO HRH

Ist es sinnvoll, Geschwindigkeitskontrollen und das damit verbundene Bussenwesen zu privatisieren?

Dieses und andere Themen kamen zur Sprache, als sich die Spitzenvertreter der Zuger Gewerkschaft (GBZ) am Mittwochabend mit den Regierungsvertretern Brigitte Profos und Hanspeter Uster im Doku-Zentrum Zug zu einem informellen Meinungsaustausch trafen.

Es war ein weiter Themenbogen, den die Gesprächsrunde beim traditionellen Jahrestreffen spannte: von der Integrationspolitik über die Gleichstellungsfrage von Mann und Frau bis hin zum NFA und zum Lohndumping. Letzteres hatte mit dem Beitrag im «Blick» vom 30. Oktober, welcher solche Machenschaften auf der Migros-Baustelle im «Zugerland» aufdeckte, einen aktuellen Bezug.

Qualitätsabbau befürchtet

Die Gesprächsteilnehmer waren sich in der Analyse der Probleme weitgehend einig, bei den Lösungen wurde wiederholt das Dilemma des Sowohl-als-auch sichtbar. So zum Beispiel beim Neuen Finanzausgleich (NFA). Einerseits gabs da den Solidaritätsgedanken, den die Zuger Linken auch bei einem für unseren Kanton schmerzlichen Entscheid hochhalten wollen, und andererseits die Sorge um einen drohenden Leistungsabbau beim Behindertenwesen.

Brigitte Profos befürchtet einen Qualitätsabbau, sobald das bürgerlich dominierte Parlament über die Vergabe der Mittel autonom entschei-

den kann. Sie begrüßte daher das Gespräch zwischen linken Regierungsvertretern und den Gewerkschaften, weil die «linke Stimme mehr denn je gehört werden muss».

Beim Gespräch, das sachlich und ohne Polemik gegenüber dem politischen Gegner geführt wurde, kamen zumindest in Ansätzen auch originelle Lösungen auf den Tisch. So der Vorschlag, man sollte im Sinne des «abgespeckten Staates» die Geschwindigkeitskontrollen und das damit verbundene Bussenwesen privatisieren. Ein solcher Schritt würde weder die Personalplafonierung tangieren noch die Staatsquote erhöhen. Hanspeter Uster hielt diesen Vorschlag wie auch andere Anregungen für sich fest.

Von gewerkschaftlicher Seite wurde mit Nachdruck auf die Verantwortung der Regierung hingewiesen, die diese bei der Durchsetzung der flankierenden Massnahmen im Zusammenhang mit den Bilateralen II wahrnehmen müsse.

Es gelte, nicht nur die Wirtschaft zu fördern, sondern die negativen Erscheinungen wie das Lohndumping aktiv zu bekämpfen, forderte Bruno Bollinger, selbst wenn dabei «ein Tolggen im Zuger Reinheft» sichtbar werde.

HANSRUEDI HÜRLIMANN